

FDP Landesgeschäftsstelle, Magdeburger Allee 91, 99086 Erfurt

Thüringer Handwerkstag e.V.
Geschäftsführer
Herrn Dr. Artymiak
PF 100539

99005 Erfurt

Erfurt, 05.05.2004

Sehr geehrter Herr Dr. Artymiak,

für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine bedanke ich mich herzlich. Ich möchte vorweg darauf hinweisen, dass neben dem Mittelstand gerade Handwerksbetriebe aus Sicht der FDP das wirtschaftliche Rückgrat Thüringens darstellen und deshalb im Mittelpunkt der Thüringer Wirtschaftspolitik stehen sollen. Dafür wird sich die FDP im Thüringer Landtag und ggf. in der nächsten Thüringer Landesregierung einsetzen. Im Einzelnen beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

1. Klein- und mittelständische Betriebe, zu denen Handwerksbetriebe in der Regel zählen, sind das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft, diesen Betrieben und ihren Bedürfnissen muss sich die Wirtschaftspolitik daher gezielt und vorrangig widmen. Die FDP als Partei des Mittelstandes hat dies zu einem zentralen Bestandteil ihres Wahlprogrammes gemacht. Im Mittelpunkt einer mittelstands- und handwerksfreundlichen Wirtschaftspolitik müssen aus Sicht der Liberalen intensive Bemühungen um Bürokratieabbau und Deregulierung stehen. Abschaffung von Gesetzen und Vorschriften, Vereinfachung des Steuerrechtes und Senkung der Steuern sind natürlich Themen, die bundesweit auf die Tagesordnung gehören. Da die rot-grüne Bundesregierung aber vorrangig mit dem Erfinden neuer Vorschriften beschäftigt ist, muss Thüringen diesen Weg allein gehen. Dies ist der Kern der FDP-Forderung nach einer Sonderwirtschaftszone für Thüringen. Einen staatlich gestützten Niedriglohnsektor Ost lehnen wir ab. Die FDP hat in ihr Wahlprogramm die Forderung nach der Legalisierung des Demontagerechtes bei unbezahlten Handwerkerrechnungen aufgenommen. Weiterhin fordert die FDP, dass auf Handwerkerleistungen nur der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent zu entrichten ist.
2. Finanzierungen erfolgen in der Regel und vorrangig über Banken. Das Verhalten vieler Kreditinstitute, die derzeit sehr restriktiv bei der Vergabe von Krediten vorgehen, muss von der Politik kritisch angesprochen werden. Insbesondere bei Sparkassen, die als öffentliche Anstalten auch einen öffentlichen Auftrag haben, muss auf eine Änderung dieses Verhaltens hingewirkt werden. Auch Förderung aus öffentlichen Mitteln, insbesondere bei Gründungen und Investitionen sind notwendig, ob z. B. das Mittelstandsfördergesetz auf Belange des Handwerks ausgedehnt werden

FDP Thüringen, Magdeburger Allee 91, 99086 Erfurt
Tel.: 0361-3456482, 3456473, Fax: 0361-3455924
E-Mail: thueringen@fdp.de,
Internet: <http://www.fdp-thueringen.de>

sollte, muss geprüft werden. Allein mit Fördermitteln ist jedoch auf Dauer kein Betrieb zu halten.

3. Die FDP bekennt sich zum dualen Ausbildungssystem. Die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk muss fortgesetzt werden. Ein Weg zur Sicherung einer hohen Ausbildungsqualität kann darin liegen, die überbetriebliche Ausbildung in den Bildungszentren der Handwerkskammern zu konzentrieren.
4. Die Ausbildungsplatzabgabe wird strikt abgelehnt.
5. Die Bekämpfung der Schwarzarbeit kann nicht vorrangig und ausschließlich durch repressive Maßnahmen und – besonders im privaten Bereich – Kontrollen erfolgen. Vielmehr müssen die Ursachen der Schwarzarbeit bekämpft werden. Lohn- und Nebenkosten senken, Steuersenkung und – vereinfachung all dies kann dazu beitragen, Handwerkerleistungen preiswerter zu gestalten. Für den Verbraucher müssen die Vorteile der Handwerkerleistung, wie z. B. fachgerechte Ausführung, Garantie etc. überwiegen.
6. Die Deregulierungs- und Entbürokratisierungsmaßnahmen sind viel konsequenter zu gestalten. Es nützt wenig, wenn vorrangig Verwaltungsvorschriften abgeschafft werden, diese regeln nämlich nur das „Innenleben“ der Verwaltung, für Bürger und Unternehmen ergeben sich hieraus keine Effekte. Gesetze und Verordnungen müssen auf ihre Notwendigkeit überprüft und wenn möglich, nicht wenn nötig, abgeschafft werden. Da dies bundesweit nicht möglich ist, fordert die FDP eine Sonderwirtschaftszone für Thüringen, deren Inhalt in genau diesen Entbürokratisierungsmaßnahmen liegt. Die angebliche Unvereinbarkeit einer Sonderregelung mit EU-Recht ist nach Aussage von EU-Kommissar Verheugen nicht gegeben.
7. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass bei der Vergabe auf die Belange des Handwerks Rücksicht genommen wird, also z. B. in kleinen Losen ausgeschrieben wird. Andererseits muss auch das Handwerk flexibel durch die Bildung von Bietergemeinschaften auf große Ausschreibungen reagieren.
8. Die FDP schlägt hierzu eine radikale Reform des Gemeindesteuerrechtes vor. Wesentlicher Inhalt dieser Reform ist zum einen die Abschaffung der Gewerbesteuer, die eine weltweit einmalige zusätzliche Steuerbelastung des Gewerbes darstellt. Im Gegenzug sollen die Gemeinden das Recht erhalten, eigene Zu- bzw. Abschläge auf die Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer zu erheben. Außerdem soll der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer auf 11,5 % angehoben werden. So soll das Steueraufkommen für die Gemeinden zum einen planbar und zum anderen, auch aus Gründen des Wettbewerbs, flexibel gestaltet werden.
9. Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung müssen aus Sicht der FDP in den Bereichen Förderung von Existenzgründern, Unterstützung des Exports von Klein- und mittelständischen Unternehmen und der Förderung des Technologietransfers. Außerdem setzen wir uns für die Beibehaltung der Investitionszulage ein.

10. Die FDP war immer gegen die Einführung der Ökosteuer. Dies ist jedoch kein Landesthema. Im Rahmen einer umfassenden Steuerreform, die zu einer Vereinfachung und deutlichen Senkung der Steuern führen soll, muss auch die Ökosteuer abgeschafft werden. Auch hier ist im Rahmen der Sonderwirtschaftszone ein eigener Weg denkbar.
11. Die im Bundesverkehrswegeplan ausgewiesenen Schienenprojekte müssen im vorgesehenen Zeitrahmen umgesetzt werden. Daneben sind die vorgesehenen Autobahnen, aber auch Ortsumfahrungen von besonderer Bedeutung.
12. Viele der genannten Maßnahmen sollen dazu beitragen, Thüringen und Mitteldeutschland als Standort im erweiterten Europa zukunftsfähig zu gestalten. Die Vorbereitung der EU-Osterweiterung ist schlecht gelaufen, das ist nicht mehr zu ändern. Umso intensiver muss die Politik der Landesregierung sich künftig an den Interessen und Bedürfnissen derer orientieren, die Arbeitsplätze hier in Thüringen schaffen, am Handwerk und am Mittelstand.

Sehr geehrter Herr Dr. Artymiak,

die FDP versteht sich als Interessenvertreter des Mittelstandes und der Handwerker. Ich lade Sie herzlich ein, mit der künftigen FDP-Fraktion im Thüringer Landtag einen engen Dialog zu pflegen und biete Ihnen diesen an.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Barth
Landesvorsitzender